

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
**10. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau
der Stadt Haan**

am Dienstag, dem 08.03.2022 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
19:27

Vorsitz

Stv. Jörg Dürr

CDU-Fraktion

AM Marlene Altmann

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1

Stv. Annette Braun-Kohl

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

Stv. Gerd Holberg

AM Barbara Leibelt

ab 17:20 Uhr

Stv. Jens Lemke

Stv. Annette Leonhardt

AM Wolfram Lohmar

AM Dr. Hermann Meier

AM Dr. rer. nat. Ulrike Peterseim

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

AM Cornelius Tonn

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

Stv. Rainer Wetterau

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

AM Peter Hackbeil

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

Stv. Marion Klaus

ab 17:35 Uhr (TOP 2)

Stv. Jens Niklaus

Vertretung für AM Sandra Niklaus

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam

Stv. Barbara Kamm

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat
AM Gerhard Schneider

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

Stv. Annegret Wahlers

beratendes Mitglied des WLKSTA zu
TOP 1 (online zugeschaltet)

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Jens English

FDP-Fraktion

AM Reinhard Zipper

Schriftführung

TA Sabine Scharf

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Beigeordnete

Technische Beigeordnete
Christine-Petra Schacht

Verwaltung

TA Dirk Baumeister
TA Klaus-Jürgen Bittermann
StA Daniel Jonke
VA Heike Ries
TA David Sbrzesny
TA Rainer Schmitz
VA Dr. Jürgen Simon
StBR Martin Stolz

Gäste

Frau Blum
Herr Stefan Chemelli
Herr Paul Schokal

Büro Stadt + Handel (online zugeschaltet)
Stadtwerke Haan
Rhenag

Der Vorsitzende Stv. Jörg Dürr eröffnet um 17:00 Uhr die 10. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden, die online zugeschalteten Mitglieder des WLKSTA sowie die Einwohner und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung ist somit einvernehmlich.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Entwicklung der Rathauskurve als Bestandteil einer ganzheitlichen Innenstadtentwicklung;
hier: Berichtsentwürfe zur Teilfortschreibung des Einzelhandelskonzepts
Vorlage: 61/044/2022**
-

Protokoll:

AM Dr. Herman Meier hält die im Gutachten getroffenen Ausführungen zum Vollsortimenter für nicht sehr euphorisch und bittet nochmal um eine konkretere Ausführung zu dieser Empfehlung.

Stv. Meike Lukat führt aus, dass seitens der WLH-Fraktion keine Bedenken gegen den Beschlussvorschlag bestehen. Wenn zu fremden Grundstücken wie dem ehemaligen Poststandort Planungsüberlegungen erfolgen, sollten die Eigentümer_innen auch entsprechend eingebunden werden.

Stv. Walter Drennhaus führt für die SPD-Fraktion aus, dass der Beschlussvorlage zugestimmt werden könne und befürwortet die umfangreiche Begutachtung. Es sei allerdings schade, dass bei der Analyse der Kaufkraftpotentiale der Handelshof nicht berücksichtigt worden sei. Die Unterlagen sollten im öffentlichen Raum in der Innenstadt und nicht nur im Verwaltungsgebäude an der Alleestraße ausgelegt werden.

Herr Dr. Simon teilt mit, dass die Wirtschaftsförderung und das technische Dezernat im Austausch mit dem Eigentümer der Postimmobilie stehen.

Frau Blum vom Büro Stadt & Handel führt aus, dass seitens des Gutachters klar die Ansiedlung eines Vollsortimenters im zentralen Versorgungsbereich empfehle. Durch ein solches Anker-Geschäft könne die Innenstadt deutlich gestärkt und die

Kaufkraftbindung erhöht werden.

Nachträgliche Auskunft zum Protokoll:

Der Handelshof ist dem Großhandel und nicht dem Einzelhandel zuzuordnen. Der Markt ist eigenständig dafür verantwortlich zu prüfen, ob es sich bei seinen Kund_innen um Gewerbekund_innen handelt. In der Teilfortschreibung wird dazu deshalb wie folgt Stellung genommen: „Weiterhin bindet auch der vorhandene Handelshof ein gewisses Kaufkraftpotenzial im Bereich Nahrungs- und Genussmittel aus der Stadtbevölkerung, wenngleich dieser aufgrund seiner Ausrichtung auf gewerbliche Kunden, in der nachfolgenden Betrachtung keine unmittelbare Berücksichtigung findet.“

Technische Beigeordnete, Frau Schacht teilt mit, dass die Beteiligungsunterlagen auch online eingestellt werden und eine Möglichkeit zur Einsichtnahme in der Innenstadt geprüft werde.

Beschluss:

1. Der Ausschuss stimmt den vorgelegten Berichtsentwürfen zur Teilfortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für den Bereich der Innenstadt zu.
2. Die Berichtsentwürfe zu den Teilfortschreibungen des Einzelhandelskonzeptes für den Bereich der Innenstadt sind den betroffenen Trägern öffentlicher Belange und den Nachbargemeinden mit der Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme vorzulegen.
3. Die Berichtsentwürfe werden zur Beteiligung der Öffentlichkeit auf die Dauer von einem Monat öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja / 0 Enthaltungen / 0 Nein
Einstimmig angenommen

2./ **Machbarkeitsstudie PV-Anlage Grundschule Mittelhaan** **Vorlage: 65/024/2022**

Protokoll:

Herr Paul Schokal von der Rhenag stellt die Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Grundschule Mittelhaan gemäß den der Sitzungsvorlage beigefügten Unterlagen vor. Ergänzend führt er aus, dass zur Visualisierung der Stromerzeugung ein großes Display in der Schule angebracht werden solle.

Stv. Meike Lukat führt für die WLH-Fraktion aus, dass diese das Betreibermodell 2 bevorzuge. Sie fragt nach, ob für die Sanierung der Dachhaut noch Gelder eingestellt werden müssen.

Technische Beigeordnete, Frau Schacht antwortet, dass die Erneuerung der Dachhaut (Betumenbahnen) ca. 60.000 bis 85.000 € kosten werde. Hierfür seien 100.000 € in den Haushalt eingestellt worden. Ziel sei es, die Dacherneuerung zum Ende der Sommerferien abzuschließen.

Stv. Walter Drennhaus führt für die SPD-Fraktion aus, dass auch diese das Betreibermodell 2 bevorzuge. Er bittet um Auskunft, ob zusätzlich auch eine Dachbegrünung möglich sei.

Herr Paul Schokal erläutert, dass wie in der Präsentation dargestellt, die Anlage maximal groß ausgebaut werden sollte und dicht bestückt würde, sodass eine Dachbegrünung hier nicht sinnvoll sei.

AM Dr. Hermann Meier teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion das Betreibermodell 2 befürworte. Er fragt nach, ob bei dieser Vorgehensweise dann nicht auf die Batterie verzichtet werden könne.

Herr Paul Schokal antwortet, dass eine Batterie auch für das Betreibermodell 2 sinnvoll sei, dass die konkrete Größe aber ggf. nochmals überprüft werden könnte. Die Stadt würde den Strom als Direktbelieferung zu denselben Konditionen wie beim Eigenverbrauch erhalten.

Beschluss:

1. Die Politik nimmt die Studie zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ertüchtigung des Daches der Grundschule Mittelhaan zur anschließenden Installation einer Photovoltaik vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Dachfläche an die Stadtwerke Haan zu verpachten, die die Anlage im Folgenden in eigener Verantwortung installiert und betreibt. Es wird demnach empfohlen, das Betreibermodell 2 der Studie im Weiteren zu verfolgen. Dieses sieht eine Investition und den Betrieb durch die Stadtwerke Haan vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**3./ Antrag der GAL-Fraktion vom 30.11.2021 - Kosten-Nutzen-Analyse zum 1. BA Technologiepark
Vorlage: WTK/024/2022**

Protokoll:

Stv. Andreas Rehm bedankt sich für die Zusammenstellung der Unterlagen. Leider sei die Kosten- und Finanzübersicht für den 2. Bauabschnitt nicht enthalten. Er bittet darum, dies sobald wie möglich nachzureichen. Zum Vogelmonitoring soll im UMA berichtet werden. Hierbei sollte zu folgenden Fragestellungen / Inhalten berichtet werden:

- Sind durch den Bebauungsplan Kiebitz und Feldlerche vertrieben worden?
- Darstellung der Ergebnisse des durch das Haus Bürgel durchgeführten Vogelmonitoring
- Wie wird das Monitoring langfristig gesichert (Pachtvertrag?)

Seitens der Ausschussmitglieder werden keine weitergehenden Ausführungen zum 1. Bauabschnitt nachgefragt. Die Verwaltung wird, sobald möglich, auch entsprechende Zahlen zum 2. Bauabschnitt vorlegen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Umbenennung von Straßen

hier: 1. Agnes-Miegel-Weg

2. Emil-Nolde-Straße

Vorlage: 63/004/2022

Protokoll:

Im Beschlusstext wird entsprechend der Beschlussfassung im WLKSTA am 16.02.2022 die Übergangszeit zur Beibehaltung beider Straßenschilder von 2 Monaten auf 1 Jahr verändert.

Beschluss:

1. Die Verwaltung schlägt auf Wunsch/Anregung der Anwohner_innen des Agnes-Miegel-Wegs vor, den Agnes-Miegel-Weg in Nelly-Sachs-Weg umzubenennen.
Beide Straßenbeschilderungen bleiben für eine Übergangszeit von einem Jahr gemeinsam aufgestellt.
2. Die Verwaltung schlägt auf Anregung der Anwohner_innen der Emil-Nolde-Straße vor, die Emil-Nolde-Straße in Anni-Albers-Straße umzubenennen.
Beide Straßenbeschilderungen bleiben für eine Übergangszeit von einem Jahr gemeinsam aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

5./ Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“
hier: Beschluss über Anregungen, § 3 (1), (2) , § 4 (1) und (2) BauGB
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/032/2021

Protokoll:

Stv. Walter Drennhaus fragt nach, ob durch die angedachte Fassadenbegrünung Rechte des Architekten beschnitten werden, die ggf. zu Ersatzansprüchen führen.

Technische Beigeordnete, Frau Schacht führt aus, dass die Stadt ein Nutzungsrecht an dem Gebäude habe, der Sachverhalt aber im Rahmen der jetzt anstehenden Planungen überprüft werde.

Stv. Andreas Rehm bittet die Verwaltung, die erweiterte schalltechnische Untersuchung zur Verfügung zu stellen.

Nachträglicher Hinweis der Verwaltung:

Das im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ergänzte Schalltechnische Gutachten wird als nicht-öffentliche Anlage dem Protokoll beigelegt. Das ergänzte Gutachten wurde im Laufe des Baugenehmigungsverfahrens nochmals angepasst und um eine Stellungnahme ergänzt, sodass insgesamt drei Dokumente vorliegen (Anlagen nö 1-3).

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
 2. Der Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“ in der Fassung vom 07.08.2015 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 27.05.2021 und dem separat erstellten Umweltbericht in der Fassung vom Mai 2021 wird zugestimmt.
Das Plangebiet befindet sich in Haan-Nordwest. Es umfasst den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 7, erweitert um die Parzellen Gemarkung Haan, Flur 28, Flurstücke 543 und 648 einschließlich der hiervon eingeschlossenen Wegeparzellen.
Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die
-

Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**5.1. Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“
/ hier: Beantwortung von Nachfragen und
Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise
Vorlage: 61/032/2021/2**

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**5.2. Ergänzender Antrag der Fraktion GAL vom 25.02.2022 zum Prüfauftrag der
/ CDU: Überdachung von Pkw- und Fahrradabstellplätzen am Gymnasium
mit PV-Anlagen**

Beschluss:

Der ergänzende Antrag der Fraktion GAL zum Prüfauftrag der CDU „Überdachung von PKW- und Fahrradabstellplätzen am Gymnasium mit PV-Anlagen“ zum UMA am 01.03.2022 sowie der hierzu ergangene Beschluss des UMA werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Freiflächenplanung des Schulhofs der Grundschule Gruiten und Vorlage der bisherigen Planung zur Freiflächengestaltung
hier: Antrag CDU-Ratsfraktion vom 08.12.2021 (erstmalige Beratung, Einbringung)**

Protokoll:

Stv. Andreas Rehm schlägt vor, dass die Verwaltung die Außenplanung der Grundschule Gruiten rechtzeitig und zu gegebener Zeit vorstellt.

Technische Beigeordnete, Frau Schacht führt aus, dass die Außenanlagen im Rahmen der funktionalen Leistungsbeschreibung an den Generalunternehmer (GU) vergeben wurden. Eine Änderung dieser Vorgaben ist rechtlich nicht mehr möglich. Die Verwaltung wird versuchen, im Zuge weiterer Abstimmungsgespräche gewisse Anforderungen zu formulieren, die versiegelte Fläche zu reduzieren und die Planung nachzuschärfen. Neben dem GU sind auch die Schule, Elternvertreter_innen und das Schulamt mit einzubeziehen, die das vorliegende Nutzungskonzept der Außenanlagen mit abgestimmt haben. Zukünftig werden die Außenanlagen nicht mehr in die funktionale Leistungsbeschreibung mit aufgenommen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird dem Ausschuss sobald wie möglich, die mit dem Generalunternehmer abgestimmte Außenanlagenplanung vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

**7./ Neugestaltung Grünzug Haaner Bachtal
hier: Baukostenentwicklung
Vorlage: 70/015/2022**

Protokoll:

Technische Beigeordnete, Frau Schacht erläutert, dass die Verwaltung die Vorlage eingebracht habe, um die Entwicklung der Mehrkosten frühzeitig und transparent darzulegen. Der gesetzte Kostenrahmen sei von Anfang an ambitioniert gewesen.

Nun seien die Kosten, insbesondere auch aufgrund des Unwetters im Juli 2021 und den hieraus resultierenden, erheblichen Ausspülungen im Bereich der Wege, die Kosten von ehemals 2,423 Mill. auf 2,635 Millionen € gestiegen. Aufgrund dessen wurden durch die Verwaltung alle Einsparungen abgebildet, welche möglich sind, ohne den Förderzweck zu gefährden und welche später nach und nach ergänzt werden können. Ob die aufgezeigten Einsparungen reichen, müsse aufgrund der derzeitigen Preisentwicklungen abgewartet werden.

Stv. Jens Lemke führt aus, dass die CDU-Fraktion der Reduzierung der Möblierungselemente zustimme. Er bittet um Erläuterung, ob die reduzierte Breite der Nebenwege ausreichend sei. Zudem möchte er den Entfall der Boulebahn hinterfragen, da diese ein wichtiges, generationenübergreifendes Element der Parkausstattung darstelle.

Stv. Walter Drennhaus teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion anerkennt, dass gespart werden müsse. Er bittet um Auskunft, für welche Bänke der Verzicht auf Rückenlehnen gelte.

Technische Beigeordnete, Frau Schacht antwortet, dass die Nebenwege heute nur 2 m breit und die zukünftig vorgesehenen mit 2,50 m ausreichend sind.

Sie möchte den Standort für eine neue Boulebahn nochmal hinterfragen und sieht diesen eher im belebteren Bereich der Innenstadt, z.B. auf dem neu gestalteten Neuen Markt (Nähe zu öffentlicher Toilette, Gastronomie). Die Boule-Bahn war auch nicht Inhalt des Förderantrags und wurde im Nachhinein in die Planung aufgenommen.

Der Verzicht auf Rückenlehnen sei nur im Bereich einzelner Würfelemente und nicht für die Bänke vorgesehen.

AM Ernst Adam teilt mit, dass die Boulebahn eine große Anziehungskraft habe und daher nicht weggelassen werden sollte.

Der Vertreter des Seniorenbeirates, **Herr Karlo Sattler** hinterfragt die Haltbarkeit der nunmehr vorgesehenen Ersatzbank und spricht erneut an, dass das Thema öffentliche Toilette auch für diesen Bereich nicht gelöst sei. Er begrüßt, dass in die nunmehr vorgesehenen Abstimmungen auch das Jugendparlament wieder eingebunden werde.

Stv. Andreas Rehm hält eine Boulebahn in der Innenstadt für den richtigen Weg. Zu Punkt 11 „Kostenübernahme der Beleuchtung durch die Stadtwerke“ mahnt er an, dass die Stadt die Kontrolle über die Art der Beleuchtung (z.B. Stichwort Insektenschutz) behalten und daher eine enge Abstimmung mit den Fachausschüssen erfolgen müsse.

Der **Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** formuliert einen Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Den vorgelegten Einsparpotentialen der Verwaltung wird zugestimmt, wenn der Kostenrahmen von rund 2,4 Mill. eingehalten wird, die zu realisierenden Einsparmaßnahmen mit den Beteiligten (Seniorenbeirat, Jugendparlament, Behindertenbeauftragte) abgestimmt werden und die weggefallenen Elemente zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**8./ Gestaltungsfibel „Ortstypische Bebauung Haan“ - Katalog Stadtmöblierung
hier: Antrag WLH-Fraktion vom 25.01.2022 (erstmalige Beratung, Einbringung)**

Protokoll:

Stv. Meike Lukat führt aus, dass die Stadtmöblierung ein wichtiges Thema in der Bevölkerung sei. Die Verwaltung solle daher einen Katalog für die Stadtmöblierung erarbeiten und in den Ausschuss einbringen.

Technische Beigeordnete, Frau Schacht erläutert, dass die Verwaltung einen solchen Gestaltungskatalog für einzelne Bereiche in der Stadt erarbeiten werde, sobald die neu zu schaffende Stelle bei Amt 70 besetzt sei. Hierbei sind sowohl gestalterische wie auch unterhalterische Aspekte zu berücksichtigen sowie die Anpassung an neue Standards (z.B. Nachhaltigkeit, Lebenszykluskosten).

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Katalog Stadtmöblierung zu erstellen und diesen zu gegebener Zeit dem Ausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**9./ Vorkaufsrecht der Stadt Haan von Grundstücken
hier: Antrag SPD-Fraktion vom 16.02.2022 sowie vom 02.02.2022
(erstmalige Beratung, Einbringung)**

Protokoll:

Stv. Walter Drennhaus erläutert den Sachverhalt gemäß dem gestellten Antrag. Die Stadt müsse das Heft des Handels in der Hand behalten.

StBR Martin Stolz führt aus, dass der Stadt die allgemeinen Vorkaufsrechte bereits kraft Gesetzes (Baugesetzbuch) zustehen. Dies betreffe insbesondere unbebaute Wohnbaugrundstücke. Die Stadt könne dann anstatt des Bewerbers in den Kaufvertrag zum aufgerufenen Kaufpreis einsteigen. Die Stadt Haan hat von dieser Möglichkeit in den vergangenen Jahren nie Gebrauch gemacht. Bei gewerblichen Grundstücken könne die Stadt nur die Instrumente des besonderen Vorkaufsrechts nutzen und müsse daher eine Vorkaufsrechtssatzung erlassen. Eine solche Satzung könne jedoch nur sach- und zielbezogenen für die jeweiligen Gebiete erlassen werden, in denen sie städtebauliche Maßnahmen umsetzen möchte.

Stv. Meike Lukat begrüßt grundsätzlich die Intention der SPD. Sie führt aus, dass es ggf. sinnvoll wäre, wenn die Verwaltung darlege, in welchem Bereich Maßnahmen erforderlich sind.

Stv. Andreas Rehm hält fest, dass im Rahmen der aufgeworfenen Diskussion viel durcheinandergeworfen worden sei. Zudem könne man sich in diesem Zusammenhang auch damit auseinandersetzen, welche Möglichkeiten die neue Grundsteuer C biete.

Stv. Jens Lemke schlägt vor, dass die Verwaltung in einer der nächsten Ausschusssitzungen die aktuellen Möglichkeiten der Stadt zur Ausübung eines Vorkaufsrechtes darstellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen die aktuell bestehenden einfachen und besonderen Vorkaufsrechte nach dem BauGB darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10./ Sachstandsbericht zum Baufortschritt der Projekte des Tiefbauamtes
Vorlage: 66/040/2022**

Protokoll:

TA Klaus Bittermann erläutert auf Anfrage von **Stv. Meike Lukat** den bisher vorgenommenen Ausbau der Radwege im Bereich des Technologieparks. Hierzu wurde eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung erarbeitet und in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Stv. Jens Lemke fragt nach, wann die Lichtsignalanlage Hochdahler Straße fertiggestellt werde und ob bei der Baumaßnahme Bürgerhaus auch das Kanalsystem erstellt werde.

TA Klaus Bittermann antwortet, dass die Lichtsignalanlage an der Hochdahler Straße in der 1. Jahreshälfte umgesetzt werden soll und dass im Bereich des Baugebietes ehemaliges Bürgerhausgelände natürlich auch die Kanäle verlegt werden.

Stv. Andreas Rehm bittet um Auskunft, ob bei der Ampelanlage Hochdahler Straße die angedachte Geschwindigkeitsreduzierung mit betrachtet wurde.

TA Klaus Bittermann verweist auf die ausstehende Vorstellung der Planung im Umwelt- und Verkehrsausschuss.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zu den Projekten des Tiefbauamtes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**11./ Sachstandsbericht zum Baufortschritt der Projekte des Amtes für
Gebäudemanagement
Vorlage: 65/023/2022**

Protokoll:

Stv. Jens Lemke bittet um Beantwortung folgender Fragestellungen:

- Kann auf dem Gebäude Deller Straße eine PV-Anlage installiert werden?
- Warum ist eine Interimslösung für die Don-Bosco-Schule und die Gesamtschule vorgesehen?
- Kann auf dem Gebäude der neuen Salzhalle eine PV-Anlage installiert werden

TA Rainer Schmitz antwortet, dass auf dem Gebäude Deller Straße die Errichtung einer PV-Anlage nicht möglich ist, da die Auflast dies nicht ermögliche. Bzgl. der vorgesehenen Interimslösungen in den genannten Schulen verweist er auf die intensiv geführten Diskussionen im Sommer 2021. Die Errichtung einer PV-Anlage auf der neuen Salzhalle wurde bislang nicht geprüft.

Antwort zum Protokoll:

Nach Rücksprache mit der beauftragten Fachfirma können die Querschnitte der Salzhalle gegen Aufpreis statisch so dimensioniert werden, dass die Aufnahme der Lasten einer PV-Anlage erfolgen könnte. Die Verwaltung hat sich dazu entschieden, sich die Option einer späteren Errichtung einer PV-Anlage zu sichern und den Nachtrag beauftragt.

Stv. Meike Lukat bittet darum, dass die Verwaltung dem Jugendparlament einmal den Neubau der Schulgebäude und die Kosten- und die Kostenexplosion darstellt, damit die Mitglieder die Zusammenhänge besser verstehen können.

Technische Beigeordnete, Frau Schacht sagt zu, dies mit der 1. Beigeordneten Frau Herz abzustimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die eingereichten Anfragen wurden von der Verwaltung alle schriftlich beantwortet. In der Sitzung erfolgen keine weiteren Anfragen.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

AM Zipper teilt mit, dass der Mängelmelder der Stadt Haan trotz mehrmaliger Eingabe nicht funktioniert. Er habe bereits mehrfach, zuerst am 11.01.2022 mitgeteilt, dass sich im Wald im Bereich der Walder Straße Sofateile befänden. Diese wurden bis heute nicht entfernt.

Technische Beigeordnete, Frau Schacht teilt mit, dass aufgrund der aktuellen Geschehnisse in der Ukraine, der steigenden Materialpreise und der Lieferengpässe nicht gesichert werden könne, dass alle geplanten Projekte im angedachten Zeitrahmen durchgeführt werden können. Die Verwaltung werde, sofern sich Verschiebungen in den Projekten ergeben, dies entsprechend mitteilen. Die Amtsleitungen wurden bereits angehalten, ihre Projekte dahingehend zu überprüfen, was möglicherweise geschoben werden könne.

